

Worms-Angeklagte sprechen von „Alptraum“

Im Kindesmißbrauchsprozeß beteuern die Beschuldigten ihre Unschuld: „Wir werden versuchen, die Kinder zurückzubekommen“

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ – Zum Abschluß des letzten Wormser Kindesmißbrauchsprozesses haben alle elf Angeklagten ihre Unschuld beteuert. Das Urteil wird vermutlich am 17. Juni verkündet. Die Staatsanwaltschaft hatte nach mehr als zweijähriger Verhandlungsdauer die Vorwürfe des massenhaften sexuellen Mißbrauchs aufrecht erhalten und Haftstrafen zwischen sieben und fünfzehn Jahren gefordert.

„Es ist nicht wahr, was die Staatsanwaltschaft mir vorwirft“, sagte der 33jährige Hauptangeklagte. „Meine Frau und ich hatten mal Kinder und ein glückliches Leben. Als uns die Kinder weggenommen wurden, brach für uns eine Welt zusammen.“ „Ich liebe unsere Kinder“, ergänzte seine Ehefrau, „wir werden versuchen, sie

zurückzubekommen.“ Es sei für sie als Mutter sehr schlimm, beschuldigt zu werden, „weil ich weiß, daß ich sowas niemals tun könnte.“

Die Angeklagten sprachen von einem Alptraum, den sie durch die Vorwürfe und die teils lange Untersuchungshaft erlitten hätten. „Ich bin unschuldig, ich weiß es, aber ich kann es nicht beweisen“, so ein anderer Angeklagter. Eine 28jährige Beschuldigte erklärte unter Tränen: „In Untersuchungshaft wünscht man sich oft, man wäre tot.“

Die Verteidiger verbanden ihre Forderung nach Freispruch erneut mit heftigen Vorwürfen gegen die Staatsanwaltschaft und die Kinderschutzorganisation „Wildwasser“. Jene wären dafür verantwortlich, „falls hier Schuldige zu Unrecht freigesprochen werden“, so Verteidiger Norbert Wingerter. Staatsanwältinnen und eine

ehemalige „Wildwasser“-Mitarbeiterin hätten die Kinder suggestiv befragt, „nicht nach den Regeln der Kunst; damit wurden wichtige Erkenntnisse verschüttet“, so Wingerter.

Die Anklage stütze sich wesentlich auf Kinderaussagen über Mißbrauch. Psychologische Gutachter hatten jedoch im Prozeß erklärt, die Kinderangaben könnten durch Erwartungshaltungen fragender Erwachsener beeinflusst worden sein. Nicht zuletzt aufgrund dieser Expertisen waren seit Dezember 1996 bereits 13 Angeklagte des Wormser Verfahrenskomplexes freigesprochen worden.

Die Verteidiger Elke Werner und Erwin Henß räumten ein, daß die Anklagevorwürfe zunächst plausibel erschienen. Im Laufe des Prozesses habe sich jedoch die Unschuld ihrer Mandanten erwiesen; dies aber ignoriere die Staatsanwaltschaft und ver-

letze damit – so Verteidiger Wingerter – die Menschenrechte.

„Meine Mandantin hätte keine Fehlgeburt erlitten, wenn sie nicht aufgrund der unheilvollen Ermittlungsarbeit inhaftiert worden wäre“, erklärte Anwalt Bernhard Schäfer. „Für die Irrtümer der Ermittler haben die Angeklagten teuer bezahlt – und noch teurer die Kinder“, so Verteidiger Jörg Ziegler.

Die Frauenbewegung der 70er und 80er Jahre mit ihrer „Betroffenheitsideologie“ ist nach Auffassung der Verteidigerin Charlotte Goeschen eine wichtige Ursache für fehlverstandenen Kinderschutz und „unerträgliche Strafprozesse“ wie die Wormser Verfahren. Grundfalsch seien „die Dogmen, es gebe massenhaft unentdeckten sexuellen Mißbrauch an Kindern und jeder Mann und jede Frau seien potentielle Täter“, so Goeschen.

Trotz der auch von der Staatsanwaltschaft zumindest in den meisten Fällen erwarteten Freisprüche sei sich die Verteidigung. Das Mainzer Gericht praktizierte erstmals die Video-Befragung: Kindliche Zeugen wurden in einem separaten Raum alleine vom Vorsitzenden Richter befragt, dies wurde direkt in den Hauptverhandlungssaal übertragen, auch die Angeklagten, jedoch keine Zuschauer saßen. Daß diese Methode im Gesetz noch nicht vorgesehen könne der Staatsanwaltschaft nahe Freisprüchen Anlaß für eine Revision geben und damit die Rehabilitierung der Angeklagten verzögern, vermutete Anwalt Wingerter. Er beantragte deshalb, der Vorsitzende solle die kindlichen Zeugen nochmals – eventuell im Kinderheim – vernehmen. Der Antrag hat allerdings wohl kaum Erfolgsaussichten.